

6
81

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Februar 1981

Schmidt soll Vertrauensfrage stellen

Angesichts der Bedeutung der Energiepolitik für die Sicherung unserer Zukunft fordert die CDU den Bundeskanzler auf, im Bundestag ein Votum für die Energiepolitik seiner Regierung herbeizuführen und mit der Vertrauensfrage zu verbinden. Erst dann wird sich erweisen, ob die Behauptung des Bundeskanzlers noch zutrifft, daß seine Partei voll hinter seiner Politik steht, stellte Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand am 16. Februar 1981 fest.

Die künftige Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen zu sichern, ist eine nationale Aufgabe ersten Ranges. Sie ist Voraussetzung für Vollbeschäftigung, wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt. Die vom Hamburger SPD-Senat beschlossene dreijährige sogenannte „Denkpause“ zum Ausbau von Brokdorf stellt eine weitere unverantwortliche Gefährdung der ökonomischen und sozialen Zukunft unseres Landes dar. Vor dem Hintergrund des nunmehr achtjährigen Streites, den SPD und FDP über zentrale Fragen der Energiepolitik ausgetragen haben, bedeutet diese Entscheidung weiteren Zeitverlust und eine starke Belastung unserer Volkswirtschaft.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ PARTEITAG

Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungs- und Städtebaupolitik / Vorlage des Bundesvorstandes

Seite 3

■ DATENSCHUTZ

Union gegen praxisfremde und fragwürdige Auslegung des Gesetzes

Seite 7

■ STAATSHAFTUNG

Vorspiegelung falscher Tatsachen

Seite 8

■ KOALITION

Sozialistische Internationale gerät in Widersprüche

Seite 9

■ RECHNUNGSHOF

Schludriger Umgang mit Steuergeldern

Seite 12

■ CDU BADEN-WÜRTTEMBERG

Nicht blind sein gegenüber den Herausforderungen der Zukunft

Seite 13

■ CDU OLDENBURG

Vereine und Verbände sind Brücken zur kommunalen Arbeit

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Materialien über El Salvador

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Die CDU bedauert, daß Kanzler und Regierung sich auch nach dem Beschuß des Hamburger Senats ihrer energiepolitischen Verantwortung entziehen. Die Behauptung, es handele sich bei dem Reaktorprojekt Brokdorf lediglich um eine die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein berührende Frage, ist unzutreffend und dient der Irreführung der Öffentlichkeit.

Die Bundesregierung muß endlich entschlossen dafür Sorge tragen, daß mit einer Energiepolitik Schluß gemacht wird, deren Zeche letzten Endes die Arbeitnehmer und die sozial schwächeren Mitbürger zu zahlen haben.

Die Bundesregierung wird dann auf eine Unterstützung durch die CDU rechnen können, wenn sie ihren energiepolitischen Schlingerkurs beendet und beginnt, ihre eigene energiepolitische Ankündigung ernsthaft in die Tat umzusetzen.

Friedenssicherung eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft

Die CDU betrachtet mit Sorge die zunehmende Polarisierung in der Friedensfrage. Besonders die Entwicklung dieser Diskussion in der SPD gibt Anlaß zur Sorge. Wenn Herr Eppler fordert, die Bundeswehr müsse ausschließlich defensiv ausgerüstet werden, so unterstellt er den Angehörigen der Bundeswehr wie den politisch Verantwortlichen die Bereitschaft, die Verteidigungsmöglichkeiten der Bundeswehr zu Offensivzwecken zu mißbrauchen. Er spricht damit der Bundeswehr letztlich

die Friedensbereitschaft und die Friedensfähigkeit ab.

Für die CDU ist die Bewahrung und Sicherung des Friedens in Freiheit eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Deshalb bekennt sich die CDU nicht nur zum Atlantischen Bündnis, sie ist auch bereit, die notwendigen Leistungen zu erbringen, damit es seine Aufgabe, seinen Mitgliedern Frieden und Freiheit zu erhalten, erfüllen kann. Deshalb treten wir angesichts der Bedrohung durch die sowjetische Rüstungspolitik für den NATO-Nachrüstungsbeschuß ein, der das Verhandlungsangebot für kontrollierte Abrüstung ausdrücklich einschließt.

Wir betrachten Rüstung nicht als Selbstzweck und treten für kontrollierte Abrüstung und ein Kräftegleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau ein. Unsere Verteidigungsbereitschaft soll die Voraussetzung schaffen, damit wir mithelfen können, die Ursachen des Unfriedens in der Welt — Not, Elend, Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen — zu beseitigen. Insbesondere gebenüber den Ländern der Dritten Welt müssen wir unsere Anstrengungen verstärkt fortsetzen.

Unsere Bürger — und nicht nur junge Menschen — sind von tiefer Friedenssehnsucht erfüllt. Sie sind bedrückt von der Diskrepanz zwischen wachsenden Rüstungsausgaben und wachsender Not in Ländern der Dritten Welt. Wir haben Respekt vor der Entscheidung einzelner Christen, mit der Bergpredigt radikal ernstzumachen und für sich auf Notwehr und Verteidigung zu verzichten. Diese persönliche Entscheidung enthebt aber den Politiker nicht seiner Verantwortung, in einer friedlosen Welt für Freiheit, Recht und Frieden zu sorgen.

■ 29. BUNDESPARTEITAG

Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungs- und Städtebaupolitik

Antrag des Bundesvorstandes für den 29. Bundesparteitag am 9./10. März 1981 in Mannheim

A Präambel

Die ausreichende Wohnungsversorgung aller Bürger ist eine der Grundvoraussetzungen für den sozialen Frieden. Dazu bedarf es eines funktionierenden Wohnungsmarktes. Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen zu setzen, in dem sich Leistungswille und Privatinitiative entfalten sollen. Zugleich muß die öffentliche Hilfe dort hinzukommen, wo der Markt allein Wohnungen in ausreichender Zahl und zu angemessenem Preis nicht bereithält.

In jüngster Zeit ist der Wohnungsmarkt vielerorts aus dem Gleichgewicht geraten. In den letzten Jahren sind immer weniger Wohnungen gebaut worden. Deutliche Engpässe zeigen sich vor allem in den großen Städten. Unter ihnen leiden namentlich kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Aussiedler und ältere Menschen sowie die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt Familien gründen wollen und Wohnungen benötigen.

Die Bundesregierung hat keine Lösung. SPD und FDP haben vereint in zehn Jahren den Wohnungsmarkt in eine Sackgasse geführt. Jetzt wollen sie mit Flickwerk und noch mehr Bürokratie die selbstverschuldete Notlage verwalten. Die Bonner Koalition erwartet das Heil vom Staat, der am Ende seiner Finanzkraft ist.

Die CDU will eine Wende in der Wohnungsbaupolitik. Ihre Ziele sind klar: Mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft, mehr Hilfe zur Selbsthilfe, mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungskreise. Die Wohnungspolitik muß wieder stärker auf die Marktkräfte vertrauen, sie muß Eigenverantwortung und Eigeninitiative des Bürgers stärken. Zugleich muß die Förderung dort gezielt einsetzen, wo bestimmte Bevölkerungsgruppen auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. Denn die Wohnung ist als Mittelpunkt des persönlichen Lebens ein Gut von besonderer sozialer Bedeutung.

B Thesen

Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft tritt die CDU für folgendes ein:

1. Die Eigentumsförderung ist verstärkt fortzuführen und familienfreundlicher zu gestalten

Die eigenen vier Wände sichern die Möglichkeit der individuellen Lebensgestaltung, sie tragen bei zu Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit. Wer bereit ist, einen erheblichen Teil seines Nettoeinkommens für die eigene Wohnung aufzubringen, der verdient auch die fördernde Unterstützung durch die Gemeinschaft.

- Die CDU tritt für eine Verbesserung der steuerlichen Erleichterungen ein: Die Abschreibungshöchstbeträge nach § 7 b Einkommensteuergesetz müssen sozialer gestaltet werden. Sie sollen bei Familien auf ein Eigentumsobjekt konzentriert werden können.
- Die Förderung durch den Staat muß der Familiengröße angepaßt sein. Eine dynamische Eigentumspolitik sorgt dafür, daß wachsende Familien auch in eine bessere Förderung hineinwachsen können.

2. Der frei finanzierte Mietwohnungsbau muß unter Wahrung des Kündigungsschutzes wieder belebt werden

Der soziale Wohnungsbau kann die Lücke nicht schließen, die sich gegenwärtig durch den fast völligen Ausfall neuer frei finanziert Mietwohnungen auftut. Es gilt, das Investitionsklima zu verbessern und das anlagesuchende Privatkapital in den Wohnungsbau zu lenken. Es muß das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß das Gut Wohnen seinen Preis hat. Der Gesetzgeber muß Regelungen beseitigen, die dazu führen, daß Wohnraum leer steht.

Wer im Wohnungsbau investieren will, nimmt Anfangsverluste in Kauf, wenn er steuerliche Erleichterungen erhält und mittelfristig eine angemessene Wirtschaftlichkeit erreichen kann.

- Die degressive Abschreibung nach § 7 b Abs. 5 Einkommensteuergesetz muß verbessert werden. Um dies zu erreichen, wird der Staffelsatz der ersten — zwölfjährigen — Absetzungsperiode von derzeit 3,5 % auf künftig 5 % erhöht. Dies bringt einen massiven steuerlichen Anreiz und eine wesentliche Liquiditätshilfe in den Anfangsjahren.
- Die CDU tritt für die Beibehaltung des Kündigungsschutzes ein. Es soll dabei bleiben: Der Wunsch nach einer höheren Miete ist kein Kündigungsgrund.
- Gleichwohl ist das Mietrecht zeitgerecht fortzuentwickeln. Dies heißt vor allem: Der Nachweis der Vergleichsmiete muß einfacher und praktikabler erfolgen. Daneben muß die Vereinbarung von Staffelmieten wieder zugelassen werden. Zeitmietverträge müssen dort möglich sein, wo späterer Eigenbedarf in der Familie des Vermieters Vertragsgrundlage ist, oder in ausgewiesenen Sanierungsgebieten.

3. Der Bau neuer Sozialmietwohnungen muß auf Zielgruppen des Bedarfs konzentriert werden

Auf eine direkte Förderung neuer Sozialmietwohnungen kann nicht verzichtet werden. Dies gilt insbesondere für die Brennpunkte des Bedarfs und für Personen-

gruppen, die am Markt keine Wohnungen zu zumutbaren Bedingungen finden. Das Wohngeld als treffsichere subjektive Hilfe hat sich bewährt. Es allein garantiert aber nicht, daß die notwendigen Wohnungen an der richtigen Stelle, in ausreichender Zahl und zu angemessenen Preisen gebaut werden. Die Kombination von Objekt- und Subjektförderung beizubehalten, heißt aber nicht, die gegenwärtige Gewichtung zu zementieren. Vielmehr müssen die subjektiven Hilfen stärker betont werden.

Daher können hochsubventionierte Mietwohnungen künftig im wesentlichen nur noch für Zielgruppen gebaut werden — so für kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Schwerbehinderte, Aussiedler und ältere Menschen. Für andere Wohnungssuchende bietet sich an, künftig die Förderung auf geringere Subventionen umzustellen.

4. Die Fehlsubventionierung muß abgebaut werden

Die von der Bundesregierung vorgesehene Fehlbelegungsabgabe ist der falsche Weg. Sie bewirkt bei den Gemeinden einen gewaltigen Verwaltungsaufwand und bringt keine Lösung. Das Ärgernis der Fehlbelegungen muß marktgerecht und nicht über neue Bürokratie angegangen werden; der Schutz der sozial Schwachen muß dabei gesichert sein.

Daher tritt die CDU dafür ein, die Zinssubvention der bestehenden Sozialmietwohnungen in Stufen abzubauen. Dieser Weg kann nur behutsam beschritten werden. Bei den **ältesten Förderungsjahrgängen** führt die Erhöhung der Darlehenszinsen auf das Kapitalmarktniveau nur zu einem geringfügigen Ansteigen der ohnehin niedrigen Mieten. Hier ist ein Übergang auf die Vergleichsmiete möglich; auftretende Härten müssen durch das Wohngeld aufgefangen werden. Die Mieten der **später gebauten Wohnungen** können nur maßvoll und schrittweise an den Markt herangeführt werden. Bei den **neueren Förderungsjahrgängen** schließlich scheidet eine Zinsanhebung in größerem Umfang zunächst aus: Hier ist eine kontinuierliche Entwicklung in der Förderung bereits eingebaut.

Die Lösung von der Kostenmiete darf nicht zu einem automatischen Wegfall der Belegungsbindungen führen.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sollen von der Objektkalkulation zur Unternehmensmiete übergehen können. Sie sollen auch in Zukunft verpflichtet sein, die einkommensschwächeren Mitbürger mit Wohnraum zu versorgen.

Wenn die Mieten allmählich an den Markt herangeführt werden, lösen sich Fehlbelegungen, Unterbelegungen und Mietenverzerrung von selbst. Darüber hinaus wird die nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung unter den Wohnberechtigten beseitigt, von denen nur ein Drittel eine Sozialwohnung hat.

5. Auch neue Wege müssen beschritten werden

Die hohen Kosten für den Neubau einer Sozialmietwohnung gebieten es, die überkommene Wohnungsbauförderung durch neue Modelle zu ergänzen:

— So sollte das Bauherrenmodell mit dem sozialen Wohnungsbau gekoppelt werden. Dadurch können mit geringeren Darlehen Wohnungen geschaffen werden, die den gleichen Bindungen unterliegen wie Sozialmietwohnungen.

- Als Ergänzung zur Neubauförderung ist der Ankauf von Belegungsbindungen in Betracht zu ziehen. Wer der Gemeinde ein Belegungsrecht für eine frei finanzierte Altbauwohnung einräumt, sollte einen Zuschuß für Modernisierungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen erhalten.

6. Grund und Boden müssen optimal genutzt werden

Das heißt zunächst, die vorhandenen Bebauungsmöglichkeiten aufzugreifen durch Stadtterneuerung, durch Schließung von Baulücken, durch Wohnungsbau auf Industriebrache. Das heißt aber auch, über eine aktive Bodenvorratspolitik neues Bauland zu gewinnen. Dabei ist es Sache einer guten Stadtplanung, verdichtete, aber gleichwohl eigenheimähnliche Wohn- und Bauformen zu entwickeln. Im übrigen wird auf die Beschlüsse des Hamburger Parteitages vom 18. bis 20. November 1973 zum Bodenrecht verwiesen.

7. Regelung für Berlin

Die Situation in Berlin ist durch einen extrem hohen Altbaubestand und das Fehlen von Ausweichmöglichkeiten in das Umland gekennzeichnet. Dies bedarf besonderer Regelungen. Aus einer Kombination von Mietpreisfestlegungen und verbesserten Wohngeldregelungen muß vor allem die Modernisierung und Instandhaltung der Altbausubstanz sowie durch öffentliche Förderung die Erstellung weiterer Neubaubauwohnungen erreicht werden.

Weil der Berliner Senat nicht die notwendigen Voraussetzungen für eine hinreichende Wohnraumversorgung geschaffen hat, tritt die CDU dafür ein, die Mietpreisbindung für Berlin bis 1990 zu verlängern.

C Gesamtschau ist nötig

Wenn der Wohnungsbau belebt werden soll, muß vieles zusammenkommen, muß mehreres sich ergänzen. Neue Wege müssen mutig beschritten werden. Es bedarf kräftiger Impulse. Dies gilt auch für die steuerlichen Erleichterungen. Zaghaftheit wäre hier verhängnisvoll. Sie würde nur Mitnehmereffekte bewirken, die hohe Fördersummen verschlingen.

Gelingt es aber, zusätzliche Wohnungen zu schaffen, so entsteht dem Staat kein Ausfall. So bringen 50 000 Wohnungen mehr im Jahr ein zusätzliches Bauvolumen von rund 10 Mrd. DM. Also mehr Investitionen, Umsätze und Gewinne, bis zu 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze und mehr private Einkommen. Zählt man die Steuermehreinnahmen sowie die Minderausgaben und Mehreinnahmen in der Sozialversicherung zusammen, so erreichen sie fast die gleiche Höhe wie die Steuerausfälle.

Wohnungsbau braucht Ökonomie statt Ideologie. Was private Initiative leisten kann, darf der Staat nicht an sich ziehen. Nicht mehr Staat, mehr Dirigismus, sondern mehr private Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung — in einer sozial abgesicherten Marktwirtschaft — ist der Schlüssel zum Erfolg. Auch in der Wohnungspolitik.

■ DATENSCHUTZ

Union ist gegen praxisfremde und fragwürdige Gesetzes-Auslegung

Der dritte Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz bestätigt, daß in staatlichen Verwaltungen Datenschutzprobleme häufiger sind als in Industrie und Handel, stellte MdB Paul Laufs im Bundestag fest.

1980 ergab sich bei der Kontrolle der Bundesverwaltung, die rund 1 000 Dateien mit Bürgerdaten betreibt, eine bedrückend vielfältige Sammlung von Mißständen, Fehleinschätzungen und Unzulänglichkeiten beim Datenschutz. Bei der Umsetzung der Datenschutzerkenntnisse in die Verwaltungswirklichkeit bestehen tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesregierung und dem Bundesbeauftragten. Die CDU/CSU wird sich nicht mit der resignierenden Feststellung des Berichts zufriedengeben, daß Datenschutz oft nicht durchsetzbar ist.

Die Union unterstützt Prof. Bull in seinem Protest gegen die praxisfremde und fragwürdige Auslegung des Gesetzes durch die Bundesregierung, welche die Nachprüfbefugnisse des Bundesbeauftragten auf Daten einschränken will, die ausschließlich in Dateien erarbeitet werden. Diese Interpretation ist weder mit dem einschlägigen Paragraphen vereinbar, noch läßt sie sich dem Bürger plausibel machen.

Die CDU/CSU befürwortet allerdings nicht die Prof. Bull beanspruchte

Kontrolltätigkeit im G10-Bereich, weil die dort bestehenden Kontrollmechanismen voll ausreichen. Die dort gegebene rechtliche Konfliktsituation muß von der Bundesregierung durch eindeutige und klare Arbeitsgrundlagen, gegebenenfalls im Rahmen der angekündigten Datenschutznovelle, bereinigt werden.

In der Diskussion um die Eintragungen in amtliche Fernsprechbücher würde die CDU/CSU eine liberalere Handhabung der Fernmeldeordnung zugunsten eines Antragstellers durch eine entsprechende Verwaltungsanweisung der Bundespost gutheißen. Die Union möchte aber nicht so weit gehen, die Eintragung von der ausdrücklichen Zustimmung des Anschlußinhabers abhängig zu machen.

Die CDU/CSU regt für die künftige Tätigkeit des Bundesbeauftragten eine Vertiefung der datenschutzrechtlichen Aspekte moderner Informationstechniken, insbesondere der sogenannten „Neuen Medien“ an. Sie empfiehlt auch eine Darstellung des Datenschutzes, wie ihn der Bürger erlebt. Wer zum Beispiel als Abholer am Flughafen die Auskunft erbittet, ob sich der erwartete Fluggast auf einer bestimmten Passagierliste befindet, oder wer Ahnenforschung betreibt, kann die unangenehme Kehrseite eines entwickelten Datenschutzes erfahren.

■ STAATSHAFTUNG

Vorspiegelung falscher Tatsachen

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU lehnt den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Staatshaftungsgesetzes ab, erklärte der Obmann im Rechtsausschuß, Hans Hugo Klein (Göttingen) bei der Debatte im Deutschen Bundestag.

Zu Unrecht erwecken SPD und FDP den Eindruck, der Gesetzentwurf verbessere das geltende Staatshaftungsrecht wesentlich oder schaffe erstmals eine Staatshaftung. Die aus dem 19. Jahrhundert überkommene Staatshaftung, die an das Verschulden des staatlichen Organwalters anknüpft und nur unter dieser Voraussetzung dem durch unrechtmäßiges Handeln Geschädigten Schadenersatz gewährt, entspricht nicht mehr dem modernen Verständnis des Rechtsstaates. Danach hat der Staat durch fehlerhaftes Handeln begangenes Unrecht wiedergutzumachen, sei es im Wege der Folgenbesitzigung, die schon Bestandteil des geltenden Rechtes ist, sei es im Wege des Schadenersatzes.

Der Entwurf tut diesen notwendigen Schritt jedoch nicht. Er hält am Verschuldungsprinzip fest und bringt nur geringfügige Verbesserungen des geltenden Rechts, wie die — von der Rechtsprechung praktisch schon weitgehend vorweggenommene — Umkehr der Beweislast, eine Klarstellung der

Haftung für das Versagen technischer Einrichtungen und der Abgrenzung zur Haftung des Staates nach privatrechtlichen Grundsätzen. Dazu aber bedarf es keines umfangreichen Gesetzes. Diese Änderungen hätten mit wenigen Sätzen auch in das geltende Recht integriert werden können.

Die CDU/CSU-Fraktion hat demgegenüber im Rechtsausschuß wie im Plenum beantragt, das Prinzip der Verschuldenshaftung durch das Prinzip der Staatsunrechtshaftung zu ersetzen. Die Koalition ist dem Antrag nicht gefolgt.

Der Entwurf beruht im übrigen auch auf einer Vorspiegelung falscher Tatsachen. In einem so wichtigen Bereich wie dem der Abgabenverwaltung haftet der Staat nämlich nach der erst im Sommer 1980 getroffenen Regelung nur, wenn der Steuerpflichtige der Finanzverwaltung eine vorsätzliche Pflichtverletzung nachweisen kann. Damit wird die öffentliche Hand begünstigt und von Ersatzleistungen freigesprochen, zu denen sie eigentlich nach den Grundsätzen rechtsstaatlicher Verwaltung verpflichtet wäre.

Es ist für den Bürger nicht verständlich, warum der Grundsatz, daß der Bürger vor den Folgen fehlerhaft ausgeübter Staatsgewalt Schutz genießen muß, bei der Erhebung von Steuern und Abgaben nicht gelten soll. Die Begründung der Bundesregierung, daß das steuerliche Veranlagungsverfahren ein Massenverfahren ist, bei dem Fehler nicht ausgeschlossen werden können, kann schon deshalb nicht überzeugen, weil es nicht für alle Abgabenerhebungen zutrifft.

■ INFORMATION/ KOALITION

Sozialistische Internationale gerät in Widersprüche

Willy Brandt hat die Sozialistische Internationale (SI) gegenüber der christlich-demokratischen Regierung El Salvadors in eine verhängnisvolle Lage manövriert. Darauf wies Ottfried Hennig, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, hin. Brandts Stellvertreter in der SI, Daniel Oduber aus Costa-Rica, hat seine Unterschrift unter ein Dokument gesetzt, das sich von der Mittelamerika-Politik des sozialistischen Verbandes ausdrücklich distanziert. Darin heißt es: „Wir unterstützen Befreiungsbewegungen, aber wir können es keinesfalls akzeptieren, daß mit dem Vorwand, ein Volk zu befreien, der Versuch gemacht wird, es der Ideologie des despotischen Kommunismus oder anderen ausländischen Interessen zu unterwerfen.“

Auswärtiges Amt beurteilt Lage in San Salvador ähnlich wie CDU

Die Spitze des Auswärtigen Amtes in Bonn beurteilt, einer Meldung der „Welt“ zufolge, die politischen Verhältnisse in El Salvador ähnlich wie Generalsekretär Heiner Geißler. Dies kommt in einem Schreiben zum Ausdruck, das Staatsministerin Hamm-Brücher (FDP) an den Bundestagsabgeordneten Linsmeier (CSU) geschickt hat. Darin bescheinigt das Auswärtige Amt den Militärs, die der Regierung des christdemokratischen Präsidenten Na-

poleon Duarte angehören, Bereitschaft zu „Reformen“. Auch ist davon die Rede, daß die „weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung“ in El Salvador „nicht gewillt ist, sich auf die Seite der Opposition zu schlagen“.

Das Auswärtige Amt nimmt mit dieser Lagebeurteilung eine andere Position ein als große Teile der SPD, die über die Sozialistische Internationale der Opposition helfen. Die Guerrilleros werden vor allem von Kuba und der Sowjetunion mit Waffen unterstützt.

Unsicherheitsminister Baum zuliebe

Gegen den Widerstand der CDU/CSU hat der Bundestag mit der Mehrheit von SPD und FDP die erst fünf Jahre alten Strafgesetzbuch-Bestimmungen über die Befürwortung von Gewalttaten und die Anleitung dazu wieder aufgehoben. Die CDU/CSU verwies darauf, daß diese Bestimmungen 1976 im Rahmen der Anti-Terror-Gesetze einstimmig beschlossen worden seien und begründet ihr Festhalten daran vor allem mit deren vorbeugender Wirkung. Der CDU-Abgeordnete Anton Stark hielt der SPD vor, sie trete für die Abschaffung der Gewaltparagraphen lediglich aus Rücksicht auf die „linke Ecke“ in der FDP, auf politisch links stehende Verlage und Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) zuliebe ein.

Bürokratismus abbauen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Deutschen Bundestag eine Initiative zur Einschränkung der Gesetzesflut eingebracht. Ziel des Antrags ist es, weg von der allgemeingehaltenen Bürokratiediskussion zu kommen und dem Gesetzesperfektionismus Einhalt zu gebie-

ten. Die Gesetze werden nur dann einfacher, verständlicher oder sie werden gar nicht erst erlassen, wenn in jedem Abschnitt des Gesetzgebungsverfahrens ihre Notwendigkeit geprüft und auch begründet werden muß.

Dieses Verfahren ist wirksamer als teure Forschungsprogramme oder neue Behörden oder Beauftragte. Der Zwang zur schriftlichen Rechtfertigung, weshalb das Gesetzesvorhaben in dieser Form und in diesem Umfang erlassen wird, wirkt allein schon abschreckend auf übereifrige Gesetzeszschreiber.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits am 26. Februar 1980 beschlossen, dieses Verfahren in ihrem Bereich anzuwenden.

Gespräch über Schul- und Bildungsprobleme

Zu einem Gespräch über bildungspolitische Probleme traf Heiner Geißler in Bonn mit dem Präsidium des Deutschen Lehrerverbandes unter Leitung seines Präsidenten Clemens Christians zusammen. Themen des Gespräches waren u. a. das 10. Schuljahr, die Situation der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, das Berufsbildungsgesetz sowie ein Gedankenaustausch über aktuelle Fragen der bildungspolitischen Entwicklung.

„Afghanistan nicht vergessen“

Einer der führenden afghanischen Widerstandskämpfer, Gulbuddin Hekmatyar, wurde zu einem Meinungsaustausch von Ministerpräsident Späth empfangen. In Bonn suchte er den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, van Well, sowie die CDU-Politiker Mertes und Heck auf, in München den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, der sich nach Aussage seines Gastes für

das Selbstbestimmungsrecht der Aghanen aussprach.

Der 1948 geborene Ingenieur besucht die Bundesrepublik, um „unvollständige“ Informationen über sein Heimatland zu korrigieren. Am meisten Angst hätte die Bevölkerung vor den sowjetischen Hubschraubern. Die Russen hätten Felder, Viehbestände und Häuser, ja ganze Dörfer und Wälder verbrannt, in denen sich die Aufständischen verbargen. Hekmatyar sprach von Massenhinrichtungen und Massengräbern.

Er warf der Weltöffentlichkeit vor, sie verfolge die Vorgänge in Afghanistan längst nicht mit jener Anteilnahme, mit der sie sich seinerzeit um Vietnam gekümmert habe.

Häfele kritisiert Trick mit Zinsen

Durch Manipulationen am Bundeshaushalt 1981 verschleiert die Bundesregierung nach Meinung des finanzpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die tatsächliche Höhe der Ausgabensteigerungen. Hansjörg Häfele erklärte, die Bundesausgaben würden 1981 in Wahrheit um über fünf Prozent steigen. Im Haushaltsentwurf sei mit Hilfe „einiger Kniffe“ eine Steigerung von lediglich 4,8 Prozent ausgewiesen. Nach Angaben Häfeles führt eine andere Buchungspraxis bei der Verschuldung des Bundes zu insgesamt niedrigeren Ausgaben. Betroffen sind die Diskontzinsen.

Geißler protestiert

Die Regierung von Nicaragua hat die Schließung des Büros der Menschenrechtskommission der Christlich-Sozialen Partei (Partido Socialcristiano) des Landes verfügt, die Einrichtungen beschlagnahmt und die Aktivitäten der

Kommission suspendiert. Heiner Geißler hat in einem Telegramm an Bayardo Arce Castano, einen der Kommandanten der Sandinistischen Befreiungsfront von Nicaragua, nachdrücklich protestiert und ihn aufgefordert, diese Maßnahmen rückgängig zu machen, die „in klarem Widerspruch zu den Garantien stehen“, die ihm persönlich am 31. Januar 1981 gegeben wurden.

Risikofaktor Erdgas

Die Ausfälle bei der vertraglich vereinbarten Lieferung von Erdgas aus der Sowjetunion werden im Bundestag zur Sprache kommen. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Werner Marx (CDU), fragt die Bundesregierung nach dem zeitlichen und volumenmäßigen Umfang und den Gründen der Lieferbeschränkungen durch die Sowjets. Die Bundesregierung soll auf Wunsch von Marx außerdem erklären, ob sie deutlich machen will, daß die Lieferbeschränkungen nicht als „besonders günstige“ Voraussetzungen für künftige Erdgas-Lieferverträge verstanden werden könnten.

Der Anfrage des CDU-Politikers vorausgegangen war eine bis zu 30prozentige Kürzung bei der Lieferung von Erdgas aus der Sowjetunion. Experten weisen darauf hin, daß zu dieser Jahreszeit Lieferkürzungen wegen der extremen Kältetemperaturen in Sibirien durchaus üblich sind. Die Bundesrepublik könnte die Ausfälle mit Lieferungen anderer Länder ausgleichen.

Bernhard Worms verlangt besseren Geschichtsunterricht

Scharfe Kritik übte der neue rheinische CDU-Vorsitzende Worms an Lehr- und Lerninhalten deutscher Schulen. Auf Fragen wie „Wann lebte Kaiser Augustus?“ oder „Lebte Luther vor Karl dem

Großen oder nach ihm?“ hätten Abiturienten erklärt, das sei in der Schule nicht behandelt worden. In Deutschland wachse ein Volk heran, „das der deutschen Sprache nicht mehr mächtig ist und die Rechtschreibung nicht mehr beherrscht!“ Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wolle deshalb vor der Zulassung zum Studium eine Aufnahmeprüfung stellen oder Vorsemester einrichten.

Worms hielt den Erziehern auch vor, neue Generationen „geschichtslos“ heranwachsen zu lassen. Deshalb sei vielen jungen Menschen nicht klar, daß die Soziale Marktwirtschaft keine „Wachstums- oder Wohlstandsmaschinerie“ sei, sondern eine wertgebundene Ordnung, die Partnerschaft und Solidarität mit unternehmerischer Freiheit und Wagnis verklammere.

Vorrang für die Sicherheitspolitik

Mit der Forderung, der Sicherheitspolitik — auch finanziell — wieder Vorrang zu geben, der Öffentlichkeit ein ungeschminktes Bild der bestehenden Bedrohung zu vermitteln und mehr zu tun, um die Verteidigungsbereitschaft im Volk wachzuhalten, hat sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sicherheitsexperte der Union, Manfred Wörner, in die Diskussion um den Nachrüstungsbeschuß der NATO eingeschaltet.

In einer in Bonn verbreiteten Erklärung warnt er davor, eine „reale Kriegsgefahr“ durch eine weitere Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt entstehen zu lassen. Voraussetzung für erfolgreiche Entspannungsbemühungen sei die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts.

■ RECHNUNGSHOF

Schludriger Umgang mit Steuergeldern

In seinen Prüfungsbemerkungen zum Haushaltsjahr 1978 kritisierte der Bundesrechnungshof eine Vielzahl von Einzelfällen. Diese stehen nicht für sich alleine da, sondern müssen im „politischen Umfeld“ gesehen werden, erklärte MdB Bernhard Friedmann.

Immer wieder taucht der Vorwurf der mangelnden Sorgfalt auf. Dahinter verbirgt sich der schludrige Umgang mit Steuergeldern. Die Tornado-Affäre ist weit weniger verwunderlich, wenn man bedenkt, daß im Verantwortungsbereich desselben Ministers seit Jahren in Millionenhöhe Bundeswehrmaterial an Auftragnehmer verliehen wird, ohne daß dieses Material in Rechnung gestellt, geschweige denn zurückgefordert wird. Allein in einem einzigen Fall beließen sich diese „Ausleihungen“ auf 45 Millionen DM.

Eine Reihe von Prüfungsbemerkungen erstreckt sich auf privatrechtlich organisierte Unternehmen, die unmittelbar oder mittelbar im Besitz des Bundes sind. In aller Regel ist die Ministerialbürokratie in den Aufsichtsgremien dieser Unternehmen vertreten, wird dabei aber überfordert, da ihr die Vergleichsmaßstäbe mit der Wirtschaft fehlen. So ergibt sich eine Grauzone zwischen Wirtschaft und Staat, in der sich Dinge abspielen, die zu Lasten der Steuerzahler gehen.

Beredete Beispiele dafür sind die verunglückte Bürgschaftsaktion in Höhe von

50 Millionen DM zugunsten des inzwischen in Konkurs geratenen Bauunternehmens Beton- und Monierbau und der Garski-Skandal in Berlin. Viele Engagements des Staates bei privatrechtlich organisierten Unternehmen sind aus heutiger Sicht weder wirtschaftspolitisch noch ordnungspolitisch, geschweige denn unter Renditegesichtspunkten zu begründen. Es ist an der Zeit, daß diese Beteiligungen einmal kritisch überprüft werden.

Einer kritischen Überprüfung bedürfen auch die Gemeinschaftsaufgaben Bund/Länder. Der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes bringt Beispiele dafür, wie etwa bei der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau finanzielle Regelungen zu Lasten des Bundes getroffen wurden. Andererseits werden die Länder wegen der Bereitschaft des Bundes, sich finanziell zu beteiligen, aus landespolitischer Sicht auf falsche Prioritäten abgedrängt.

Ein Kapitel besonderer Art ist die Deutsche Bundesbahn. Auch dieses Mal bringt der Bundesrechnungshof Beispiele dafür, wie sehr es der Spalte dieses Unternehmens an einer klaren Konzeption fehlt. So wurden mehr als 350 Millionen DM für Ausstattung von Waggons mit automatischen Kupplungen ausgegeben, obwohl feststeht, daß diese nicht vor dem Jahre 2000 international eingeführt werden. Bis dort sind die umgerüsteten Waggons längst verrottet. Das Hin und Her um die Verlagerung der zentralen Verkaufsleitung von Frankfurt nach Mainz, verbunden mit allerlei Fehlleistungen bei der Anmietung geeigneter Büroräume, liegt auf der gleichen Linie. Die Unsicherheit der Bundesregierung in der Verkehrspolitik spiegelt sich auf Schritt und Tritt bei der Bundesbahn wider.

■ CDU BADEN-WÜRTTEMBERG

Nicht blind sein gegenüber den Herausforderungen der Zukunft

„Kritisch, offen, zielbewußt“, unter dieses Motto hatte die CDU Baden-Württemberg ihren 15. Landesparteitag am 14./15. Februar 1981 in Böblingen gestellt.

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Lothar Späth, unterstrich in seiner Eröffnungsrede, daß in diesem Zusammenhang kritisch heißt

— „wir wollen ohne Vorurteile, ohne auf angebliche oder tatsächliche politische Besitzstände zu pochen, die Position unseres Landes und unserer Partei überprüfen“; daß offen heißt

— „die Augen vor neuen Entwicklungen nicht verschließen, sondern sie als Herausforderung annehmen“, und daß schließlich zielbewußt bedeutet

— „wir geben uns nicht mit bloßen Analysen zufrieden, vielmehr muß auf die Erkenntnis dessen, woran es mangelt, die Wegbeschreibung erfolgen“. Späth machte deutlich, daß sich die Bundesrepublik Deutschland am Ende einer Etappe ihrer Geschichte befindet und dabei in einer Phase struktureller Umbrüche.

In dieser Lage sei die Suche nach einem konsensfähigen gesellschaftlichen Leitbild der Zukunft zu einer praktischen politischen Frage geworden.

Angesichts dieser Gegebenheiten befindet sich die SPD in einer existentiellen Krise, während sich die FDP durch einen bis zur Beliebigkeit und Aus-

tauschbarkeit der Positionen gesteigerten Opportunismus um die Beantwortung der Fragen herumdrücke.

Mit großem Nachdruck warnte Späth davor, sich gegenüber den Herausforderungen der Zukunft blind zu zeigen. Viele Anzeichen würden darauf hindeuten, daß die Bundesrepublik Gefahr laufe, sich aus dem weltweiten Prozeß der Arbeitsteilung auszublenden.

Nahezu alle Bereiche, in denen die Wirtschaft der Bundesrepublik Schlüsselpositionen inne habe, beruhen auf Erfolgen und Erkenntnissen des 19. Jahrhunderts. „Vom ‚Mut zur Zukunft‘ unserer Väter und Großväter zehren wir heute noch“, so Späth.

Mit Entschiedenheit setzte sich Späth dafür ein, sich mit den neuen Technologien, sei es im Bereich der Energieversorgung, der Mikroelektronik und der Kommunikationstechniken, vorurteilsfrei auseinanderzusetzen. Das Schüren von Ängsten und der Boykott von Entscheidungen, wie dies insbesondere durch die SPD geschehe, sei geeignet, das Schiff Bundesrepublik zu einem manövriertunfähigen Floß zu machen.

„Teile der SPD erzeugen Hoffnungslosigkeit zur Ausnutzung der Hoffnungslosigkeit.“ Eindringlich wies Späth auf die Chancen zur Humanisierung des Arbeitslebens hin, die in einem sinnvollen Gebrauch der neuen Technologien liegen, z. B. bei dem Ersetzen menschlicher Arbeitskraft durch Roboter in ge-

sundheitsbelastenden Fertigungsbereichen.

Im Blick auf die Jugend erklärte Späth, daß diese nicht durch modische Anpassung gewonnen werden könne, sondern durch eine glaubwürdige und konsequente und zukunftsorientierte Politik. Gerade die CDU könnte ein verlässlicher Partner der Jugend sein, denn viele Begriffe, die besonders für Jugendliche wichtig seien — Geborgenheit, Identität, Partizipation — enthalten Wertvorstellungen, auf denen unser Gesellschaftsbild originär aufbaut.

Späth bekräftigte das Versprechen der CDU, für Frieden und Freiheit zu kämpfen, und er rief den über 600 Delegierten und Gästen zu: „Lassen Sie uns gemeinsam den Weg gehen, gemeinsam das Ziel im Auge behalten, gemeinsam die Engpässe überwinden und gemeinsam unserer Partei dienen.“

Im Anschluß an die Rede des Landesvorsitzenden hielten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Erwin Teufel, Wirtschaftsminister Rudolf Eberle und der Fachausschußvorsitzende Wolfgang Fuchs Einführungsvorberichte zu den Arbeitsthemen des Parteitages: Politik für Familie und Jugend, sichere Arbeitsplätze in einer humanen Arbeitswelt und Strukturpolitik. Diese Themen wurden am zweiten Tag unter Beteiligung von Wissenschaftlern in Arbeitskreisen ausführlich weiterdiskutiert.

In einer Rede zu den außen- und sicherheitspolitischen Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland umriß der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, das sicherheitspolitische Konzept der Union.

Großen Beifall erhielt der Bundesvorsitzende der CDU, Helmut Kohl, für seine Rede, mit der der Parteitag schloß. Kohl forderte die Union auf, daß sie in

Die SPD macht sich lächerlich

Die Haltung der Berliner SPD gegenüber Besetzern beginnt vom Peinlichen ins Lächerliche umzuschlagen. Mehrere Tage hieß eine Gruppe junger Leute, die sich den schönen Namen „Zentralrat der umherschweifenden Eierdiebe“ ausgesucht hat, das Kreuzberger SPD-Kreisbüro besetzt, um bessere Knastbedingungen für Gesinnungsgegnossen zu fordern.

Die SPD — aus Angst, etwa die Hausbesetzerzone in Aufruhr zu versetzen — unternahm Sofortmaßnahmen: den Besetzern wurden Brötchen serviert, und der SPD-Sozialstadtrat hieß es für richtig, einen Fernseher im Jahr der Behinderten nicht etwa einem Behinderten, sondern den Besetzern ins Haus zu tragen.

Unterdessen hat sich der Rektor einer Schule mit seiner Familie beim Regierenden Bürgermeister gemeldet: sie hätten auch Lust, das Vogel-Büro zu besetzen, aber erst nachmittags nach Schulschluß. Und: sie würden am liebsten Leberwurstbrötchen essen. Der Regierende Bürgermeister möchte sich doch bitte darauf einrichten ...

dieser Krise der Glaubwürdigkeit der SPD warten können müsse und nichts unnötig dramatisieren solle. Schmidt habe, angesichts der Verfallserscheinungen in der SPD, seine Handlungsfähigkeit eingebüßt. Kohl bekannte sich erneut zum Auftrag und zur Rolle der Opposition. Er unterstrich im Blick auf mannigfache Gerüchte, daß die Union das Kanzleramt nicht durch den Dienstboteneingang, sondern durch den Haupteingang betreten wolle.

■ CDU OLDENBURG

Vereine und Verbände sind Brücken zur kommunalen Arbeit

Der 61jährige niedersächsische Landwirtschaftsminister Gerhard Glup wurde am 14. 2. 1981 in Rastede auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Oldenburg mit 247 von 265 Stimmen zum 9. Mal zu dessen Landesvorsitzenden gewählt.

Der nun seit 1965 amtierende Vorsitzende hatte zuvor in seinem Rechenschaftsbericht auf die Erfolge seines Verbandes hingewiesen. Nachdem man im vergangenen Jahr mehr als 3 000 neue Mitglieder geworben hatte, zählt der CDU-Landesverband Oldenburg fast 17 000 Mitglieder.

Zum verstärkten Einsatz im vorpolitischen Raum forderte Glup die Union angesichts der im September in Niedersachsen stattfindenden Kommunalwahlen auf. In den Vereinen und Verbänden liege für viele interessierte Menschen die Brücke zur kommunalen Arbeit. In ihnen hätten viele Neubürger oft die einzige Chance zur Integration. „Wer sich in Vereinen und Verbänden bemüht, hat auch in der Kommunalpolitik seinen Rückhalt“, betonte Glup.

Als prominentester Gast des Oldenburger Landesparteitages betonte Ministerpräsident Ernst Albrecht, die SPD sei in wichtigen Bereichen der Politik regierungsunfähig geworden.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie wachsende Arbeitslosigkeit, Engen der Staatsfinanzen, steigende Infla-

tionsrate und gestörtes außenwirtschaftliches Gleichgewicht seien zwar durch internationale Vorgänge mitbedingt, „aber eindeutig auch auf Versäumnisse der Bundesregierung zurückzuführen“. SPD und FDP hätten sich über sieben Jahre hinweg unfähig gezeigt, eine Politik „weg vom Öl“ zu betreiben.

Für eine weitere Öffnung der CDU für die junge Generation sprach sich der neue Generalsekretär der Niedersachsen-CDU, Dieter Haaßengier, aus.

Bei den weiteren Wahlen zum Landesvorstand wurden Oberbürgermeister MdL Otto Jenzok, Delmenhorst, Landrat Clemens-August Krapp, MdL, Vechta, und Hans Jannssen, MdL, Wilhelmshaven, zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Neu in den Landesvorstand kamen der JU-Landesvorsitzende Eduard Möhlmann, Friesland, und Werner Münch, Lohne. Ferner wurden drei Mitglieder für den Bundesausschuss und 16 Delegierte für den Bundesparteitag gewählt.

Die Resolutionen und die große Anzahl der Anträge auf dem Landesparteitag befaßten sich angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen überwiegend mit kommunalpolitischen Themen. Zur Fortschreibung des Lauterberger Programms hatte der Landesparteiausschuß zuvor bereits 80 Seiten umfassende Änderungsanträge an die CDU in Niedersachsen weitergeleitet.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELENDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

21. 2. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Bonn
21. 2. **LV Schleswig-Holstein**
CDA
Landesausschuß, Bad Bramstedt
21. 2. **LV Westfalen-Lippe**
EAK
Landestagung, Dortmund
23. 2. **LV Bremen**
Außerordentlicher Landesparteitag
27. 2. **CDU Niedersachsen**
Kommunalpolitischer Kongreß
Verden
28. 2. **CDU Niedersachsen**
Frauenvereinigung
Delegiertenversammlung, Goslar
28. 2. **Frauenvereinigung — Bund**
Arbeitskreis „Medien“, Bonn
6. 3. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand, Mainz
7. 3. **CDU Niedersachsen**
EAK
Landestagung, Osnabrück
8. 3. **Exil-CDU**
Hauptvorstand, Mannheim
8. 3. **JU — Bund**
Bundesvorstand, Mannheim

8. 3. **CDA — Bund**
Geschäftsführender
Bundesvorstand, Mannheim
8. 3. **CDA — Bund**
Bundesvorstand, Mannheim
8. 3. **Mittelstandsvereinigung — Bund**
Bundesvorstand, Mannheim
8. 3. **CDU — Bund**
Präsidium, Mannheim
8. 3. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Mannheim
- 9./10. 3. **CDU — Bund**
29. Bundesparteitag, Mannheim
12. 3. **LV Braunschweig**
Gemeinsame Sitzung
Landesvorstand mit CDA
Braunschweig
12. 3. **LV Braunschweig**
Gemeinsame Sitzung
Landesvorstand mit JU
Braunschweig
13. 3. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 13./15. 3. **Exil-CDU**
16. Parteitag, Fulda
- 13./15. 3. **RCDS — Bund**
32. ordentliche Bundesdelegierten-
versammlung, Aachen
16. 3. **CDA — Bund**
Landessozialekretärskonferenz
- 21./22. 3. **JU Baden-Württemberg**
Landestag

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.